



Ursprung: Vorlage des BV-Vorstehers, Seniorenvertretung

Beratungsfolge:

Datum Gremium

15.10.2025 Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin

**Vorlage des BV-Vorstehers
Bezirksverordnetenvorsteher**

Drucks. Nr:1747/XXI

**Finanzielle Ausstattung des barrierefreien Mobilitätsservice der BVG (Rufbus MUVA)
sichern**

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass der barrierefreie Mobilitätsservice der BVG (Rufbus MUVA) finanziell so ausgestattet wird, dass das Angebot über den kommenden Jahreswechsel dauerhaft fortgesetzt werden kann.

Begründung:

Im Maßnahmenkatalog zu den Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik hat der Senat noch im August 2024 zugesichert: "Die Finanzierung aller bestehenden Hilfsdienste soll dauerhaft gesichert werden" (S. 31). Und: "Der MUVA-Aufzugsersatz wird im Laufe des Jahres 2024 stufenweise auf das gesamte Berliner Bahnnetz ausgedehnt" (S. 33).

Der barrierefreie Mobilitätsservice der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) könnte zum Ende des Jahres eingestellt werden. Als Grund werden die Kosten genannt. Erst im März hatte die BVG das Angebot auf das gesamte Tarifgebiet AB ausgeweitet. Bisher konnten Menschen mit Mobilitätseinschränkungen die 40 geräumigen und barrierefreien Kleinbusse per Telefon oder App buchen, wenn zum Beispiel ein Aufzug an einem S- oder U-Bahnhof nicht funktioniert. Der barrierefreie Rufbus ist per Telefon oder App bis zu sieben Tage im Voraus oder spontan für alle Menschen mit Mobilitätseinschränkungen buchbar - beispielsweise Menschen mit Schwerbehinderungen, ältere Menschen, Personen mit Rollatoren, Kinderwagen oder Kleinkindern. Zur Mitfahrt reicht ein gültiges VBB-Ticket.

Der Senat will stattdessen Inklusionstaxen einsetzen. Das Berliner Taxigewerbe besitzt aktuell 151 solcher Taxen, so der Senat. Kritik daran kommt unter anderem vom Verein "Lebenshilfe".

Die Taxen sind für Menschen im Rollstuhl kein adäquater Ersatz. Dieses Angebot ist sehr schleppend! Es fehle an einer Anschubfinanzierung und angemessener Ausstattung, große E-Rollstühle können mit diesen Fahrzeugen nur sehr begrenzt transportiert werden.

Eine langfristige Sicherstellung der Förderung barrierefreier Taxen auch in der Zukunft durch eine fondsgestützte Umlagefinanzierung oder Förderung der Investitionskosten entsprechend dem ÖPNV bleibt bisher aus und ist soweit ersichtlich nicht geplant.

Abstimmungsergebnis:
beschlossen: abgelehnt: überwiesen:

Berlin, den 07.10.2025

Böltes, Stefan
Bezirksverordnetenvorsteher